



Verband Sozialistischer Student_innen Graz
Morellenfeldgasse 41P
8010 Graz
Mail:

Anträge an die Konferenz der SPÖ Graz

Antrag 1: Freier Hochschulzugang und sozial gerechte Bildung

Seit den frühen Tagen der sozialdemokratischen Bewegung ist frei zugängliche Bildung ein essentieller Bestandteil der politischen Programmatik. Die Möglichkeit, sich selbst eine umfassende Bildung aneignen zu können, erlaubt es insbesondere Menschen aus unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, die nicht qua Geburt ideale Bedingungen vorfinden, an allen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens zu partizipieren. Flexibilität am Arbeitsmarkt, politisch verantwortliches Handeln, verständnisvoller Umgang mit Mitmenschen sowie die Fähigkeit, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, sind keineswegs selbstverständlich, sondern setzen die Nutzung entsprechender Bildungsangebote voraus. Wird der Zugang zu diesen jedoch erschwert, wird jenen, die sich bereits in einer finanziellen, sozial wie psychisch prekären Ausgangslage befinden, die Aussicht auf eine Verbesserung der eigenen Lebenschancen verwehrt.

Aus diesem Grund ist es von enormer Wichtigkeit, den freien Hochschulzugang für alle zu erhalten und gegen dessen zunehmendem Abbau, der in jüngster Zeit durch den Beschluss bildungsfeindlicher Gesetze sowie durch mangelnde staatliche Finanzierung von Universitäten massiv vorangetrieben wird, aufzutreten und ein klares Bekenntnis für frei zugängliche und sozial gerechte Bildung abzugeben. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, dieses Ziel auch gegen den Widerstand konservativer Kräfte durchzusetzen, politisch Druck auf diese auszuüben und Ideen zur Verwirklichung eines modernen und gerechten Hochschulraums zu entwickeln.

Die Konferenz der SPÖ Graz möge beschließen:

- Die SPÖ Graz fordert die Wissenschaftsministerin und die Universitätsleitungen (Rektorat und Senat) dazu auf, die laut §66 UG 2002 rein für die Orientierung zu Studienbeginn gedachten Studieneingangsphasen nicht als Selektionsmaßnahme zu

missbrauchen und auf deren studierendenfreundliche Umsetzung im Sinne der Gesetzgebung Bedacht zu nehmen.

- Die SPÖ Graz spricht sich auch weiterhin für den Erhalt des freien Hochschulzugangs, die Schaffung eines sozial gerechten tertiären Bildungssektors und eine vollständige Ausfinanzierung der Universitäten aus.

Antrag 2: Bettelverbot

Die Verschärfung des steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes durch Einführung eines generellen Bettelverbots mit den Stimmen der SPÖ ist einer sozialdemokratischen Bewegung absolut unwürdig. Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden mit Füßen getreten. Es kann und darf nicht sein, dass sich eine sozialdemokratische Partei kaum mehr von einer konservativen Partei unterscheidet.

Anstatt aktiv etwas gegen Armut zu unternehmen, lässt sich die SPÖ dazu herab, die Ärmsten der Armen einfach aus dem Bild der Gemeinden zu radieren. Ganz nach dem Sprichwort „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Damit werden keine Probleme gelöst, sondern nur noch weitere geschaffen.

Das Bettelverbot ist menschenunwürdig, Armut lässt sich nicht einfach verbieten. Es jemandem zu untersagen, an einem öffentlichen Platz zu betteln, weil sich einige Menschen davon belästigt fühlen, ein schlechtes Gewissen bekommen oder weil die dahinter vermuteten „kriminell organisierten mafiosen Bettlerbanden“ – die es laut Studien (zuletzt vom Institut für Geschichte an der Uni Graz) und Aussagen des Grazer Stadtpolizeikommandanten gar nicht gibt – getroffen werden sollen, zeugt nicht gerade von sozialer Wärme.

Zudem werden durch das unsoziale generelle Bettelverbot die persönlichen Rechte von jenen, die das Leben als Bettler_in freiwillig wählen, massiv eingeschränkt. Sollte insbesondere die Stadt Graz, ihres Zeichens „Menschenrechtsstadt“, per Verordnung nicht hinreichend öffentliche Orte benennen, an denen das Betteln um Geld oder geldwerte Sachen weiterhin erlaubt ist, liegt mit Sicherheit eine schwere Verletzung des durch Artikel 8 EMRK gewährleisteten Rechts auf Privatleben, des Grundrechts auf Erwerbsfreiheit gemäß Artikel 6 Österreichisches Staatsgrundgesetz sowie der in § 16 ABGB verankerten allgemeinen Persönlichkeitsrechte vor.

Deshalb möge die Konferenz der SPÖ Graz folgendes beschließen:

- Die SPÖ Graz distanziert sich von der Verschärfung des Landessicherheitsgesetzes und spricht sich dezidiert gegen das generelle Bettelverbot aus.

- Die SPÖ Graz setzt sich bis zur Aufhebung des generellen Bettelverbots im Grazer Gemeinderat massiv dafür ein, dass das Betteln um Geld oder geldwerte Sachen durch Verordnung an hinreichend vielen öffentlichen Orten (sog. Erlaubnisbereichen) in der Stadt Graz weithin erlaubt bleibt, um die Menschenrechte zu wahren.

Anhang: §3a Steiermärkisches Landes-Sicherheitsgesetz NEU (Landtagsbeschluss Nr. 67 aus der 6. Sitzung der XVI. Gesetzgebungsperiode vom 15. Februar 2011):

(1) Wer an einem öffentlichen Ort um Geld oder geldwerte Sachen bettelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.

(2) Die Gemeinde kann das Betteln um Geld oder geldwerte Sachen durch Verordnung an bestimmten öffentlichen Orten und für bestimmte Zeiten, im örtlichen Wirkungsbereich einer Bundespolizeidirektion nach Anhörung dieser Behörde, für zulässig erklären (Erlaubnisbereich).

(3) Eine Verwaltungsübertretung begeht auch, wer im Erlaubnisbereich (Abs. 2)

1. unmündige minderjährige Personen bei der Bettelei mitführt oder solche Personen zum Betteln, in welcher Form auch immer, veranlasst oder

2. in aufdringlicher Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen, durch Nachgehen oder durch Zugehen auf eine Person, um Geld oder geldwerte Sachen bettelt."

Antrag 3: Migrationspolitik der SPÖ Graz

Die Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ hat 2010 auch in Österreich schmerzhaft aufgezeigt, dass innerhalb der Sozialdemokratie nach wie vor Meinungen vorherrschen, die eine menschenwürdige Migrationspolitik verhindern. Weiterhin treten Genossinnen und Genossen arbeits- und integrationswilligen Migrantinnen und Migranten vorurteilsbehaftet entgegen.

Die Sozialdemokratie mit ihren Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität muss vor allem in der Integrationsfrage gemäß ihren Grundwerten eine progressive Position vertreten und sich aktiv für eine menschenwürdige Integrationspolitik einsetzen.

Die Konferenz der SPÖ Graz möge daher beschließen:

- Die SPÖ Graz wird sich ab sofort dafür einsetzen, dass es Menschen ohne Daueraufenthalt, unbeschränkter Niederlassungsbewilligung oder Niederlassungsnachweis erleichtert wird, selbstständiger Erwerbstätigkeit

nachzugehen. Da Arbeit ein Menschenrecht ist, muss sie allen Menschen zugänglich sein – denn Integration beginnt am Arbeitsplatz.

- Die SPÖ Graz soll gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus den eigenen Reihen und aus NGOs realistische Konzepte zur Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern ausarbeiten und in ihrer Arbeit in der Stadt Graz forcieren.
- Die SPÖ Graz hat sich in ihrer Arbeit in der Stadt Graz dafür einzusetzen, dass Migrantinnen und Migranten ein leichter Zugang zu Gemeindewohnungen garantiert wird, um einer "Ghettoisierung" entgegenzuwirken. Nur, wenn in allen Grazer Bezirken kulturelle Durchmischung garantiert ist, kann Integration funktionieren.
- Die SPÖ Graz bekennt sich dazu, dass Zuwanderung für die Stadt Graz und ganz Österreich wichtig ist und nicht pauschal verurteilt werden darf.
- Stammtischparolen sind mit fundierten Argumenten entgegenzutreten und zu entkräften. Ein Argumentationsleitfaden für Funktionärinnen und Funktionäre ist zu erstellen.
- Die SPÖ Graz soll sich aktiv mit laufenden Abschiebungsverfahren auseinandersetzen und gegebenenfalls intervenieren, da es nicht sein darf, dass gut integrierte Menschen in eine unsichere Zukunft abgeschoben werden.

Antrag 4: Wohnbeihilfe Selbstbehalt

Bei Wohnbeihilfeansuchen durch unterhaltsberechtigter Kinder (Studierende, usw.), welche nicht im elterlichen Haushalt wohnen, bleibt das elterliche Einkommen unberücksichtigt und es wird pauschal ein zumutbarer Wohnungsaufwand (Selbstbehalt) festgelegt. Diese Gleichbehandlung von Kindern (Studierenden) aus oberen sozialen Schichten deren Eltern hohe Unterhaltsleistung erbringen, und Kindern aus sozial schwachen Schichten, deren Eltern sich vielleicht gar keine Unterhaltszahlungen leisten können, ist ungerecht und widerspricht sozialdemokratischer Politik. Die SPÖ Graz wird sich daher innerhalb der SPÖ Steiermark und im Grazer Gemeinderat für die Abschaffung des Selbsthalts einsetzen.

Antrag 5: Wohnbeihilfe-Kürzungen

Nach dem Wahlsieg 2005 hat die SPÖ in der Steiermark vorbildliche Sozialpolitik betrieben und die Steiermark zu einem Vorzeigeland gemacht. Die Wohnbeihilfe NEU war dabei ein Leitprojekt. Hier zu kürzen trifft die sozial Schwächsten und widerspricht unserem ideologischen Fundament.

Die SPÖ Graz spricht sich daher deutlich gegen Kürzungen bei der Wohnbeihilfe aus und wird sich innerhalb der SPÖ Steiermark und im Grazer Gemeinderat dagegen einsetzen.

Antrag 6: Studierendenfreifahrt

Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist für Grazer Studierende im Österreichvergleich noch immer sehr teuer. Der Mobilitätsscheck der Stadt Graz hat die Situation zwar teilweise verbessert, allerdings ist diese Unterstützung neben eines Nachweises der Studienleistung auch daran gebunden, noch nicht 27 Jahre oder älter zu sein. Wer unter Beweis stellt, dass er_sie ehrlich und bemüht studiert, sollte keine Nachteile aufgrund des Alters haben. Die SPÖ Graz wird sich dafür einsetzen, die Altersgrenze abzuschaffen und eine entsprechende Initiative im Grazer Gemeinderat einbringen, da dies eine rasch umsetzbare Erleichterung für viele Studierende darstellt.

Mittel- und langfristig ist aber, aufgrund der ökologischen Vorteile des öffentlichen Nahverkehrs und zur finanziellen Entlastung, insbesondere der in Österreich nach wie vor mit erheblichen Benachteiligungen konfrontierten Angehörigen sozial schwächerer Schichten, die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Studierende das Ziel der SPÖ Graz. Die SPÖ Graz wird sich sowohl innerhalb der SPÖ Steiermark als auch im Grazer Gemeinderat für die Studierendenfreifahrt einsetzen.